

Amtsblatt der Regierung in Breslau

Ausgabe A

Stück 14

Ausgegeben in Breslau, Sonnabend, den 3. April

1926

Bekanntmachungen für die nächste Nummer sind spätestens bis Dienstag vormittag 9 Uhr der Schriftleitung zuzusenden.

Inhaltsverzeichnis: Inhalt des R.-G.-Bl. Nr. 12, Teil I, S. 95. — Abänderung der Polizeiverordnung betr. Polizeistunde und die Abhaltung öffentl. Tanzlustbarkeiten, S. 95. — Urkunde über die Wiederherstellung der St. Corpus Christi-Pfarrei in Breslau, S. 95/96. — Schmiedebezwangsimmung in Brieg, S. 96. — Belämpfung der Rindertuberkulose, S. 96. — Verloren gegangene Kraftfahrzeug-Führerscheine (3mal), S. 96. — Verloren gegangener Wandergewerbeschein, S. 96. — Elektrische Kleinbahn im Kreise Waldenburg, S. 96/97. — Brandstiftung, S. 97. — Rechnungsjahr 1925, Abschluß, S. 97. — Lotterie, S. 97. — Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien, S. 97. — Sicherstellung bezw. Verleihung von Wasserrechten (6mal), S. 97/102. — Schonzeit für Rebbsäcke, S. 102. — Bezirksveränderungen (Umgemeindungen) (2mal), S. 102. — Abgabe von Grundbuchacten des Amtsgerichts für Trachenberg an das Kreisgericht in Rawicz (Polen), S. 102.

Inhalt des Reichsgesetzblatts.

266. Die Nummer 12 des Reichsgesetzblatts Teil I enthält das nachstehend aufgeführte Gesetz:
Die Verordnung über Finanzstatistik, vom 9. Februar 1926.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral- u. Behörden.

267. Polizeiverordnung.

Auf Grund des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 147), der §§ 137, 139, 140 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsamml. S. 195) des § 10 Teil II Titel 17 des Allgemeinen Landrechts und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 1. März 1850 (Gesetzsamml. S. 265) wird mit Zustimmung des Provinzialrats für den Anhang der Provinz Niederschlesien folgendes verordnet:

Artikel 1.

§ 7 meiner Polizeiverordnung über die Polizeistunde und die Abhaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten vom 14. Januar 1925 (veröffentlicht in der Sonderausgabe Amtsblatt Reg. Breslau für 1925 vom 19. I. 25 und in der Sonderausgabe Amtsblatt Reg. Liegnitz vom 21. I. 1925) erhält folgende Fassung:

§ 7.

Öffentliche Tanzlustbarkeiten sind höchstens an drei Tagen der Woche mit der Maßgabe zuzulassen, daß sie an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen, soweit es nach der Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung der Sonntage und Feiertage vom 14. Februar 1912 zulässig ist, in Ortschaften unter 5000 Einwohnern um 3 Uhr nachmittags, in allen übrigen Ortschaften um 6 Uhr abends beginnen und bis zu der im § 1 festgesetzten bezw. der im § 2 verlängerten Polizeistunde dauern dürfen.

Die Durchführung ist von den Ortspolizeibehörden nach Anhörung der Berufsverbände der beteiligten gewerblichen Kreise zu regeln.

An anderen als den von den Ortspolizeibehörden zugelassenen Tagen der Woche dürfen öffentliche Tanzlustbarkeiten nicht stattfinden. Ausnahmen kann der Oberpräsident zulassen.

Artikel 2.

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage der Veröffentlichung in den Amtsblättern der Regierung Breslau und Liegnitz in Kraft. (O. P. I. A. 942.)

Breslau, 24. 3. 1926.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Regierung.

268. Adolf Kardinal Bertram
durch Gottes Erbarmung und des hl. Apostolischen Stuhles Gnade Fürstbischof von Breslau.

Nach Anhörung der Beteiligten stelle ich die bei der St. Corpus Christi-Kirche in Breslau früher vorhandene Pfarrei wieder her mit folgenden Maßgaben:

1. Der Sprengel der St. Corpus Christi-Pfarrei umfaßt folgende Straßen und Plätze:

Uhornallee, Alazienallee, Augustastrasse 85—117 und 102—130, Blumenstraße, Bohrauer Straße 1—11, Chamissostraße, Claassenstraße, Ebereschallee, Eichentallee, Eichendorffstraße, von 57 ab ungerade, von 48 ab gerade, Elsfasserstraße, Ernststraße, Freiheitsgasse, Alte Friedrichstraße 2—20, Gartenstraße 59—111 und 58 bis 108, Goethestraße 27—57 und 22—46, Gutenbergstraße, am Hauptbahnhof 1—5, Hohenzollernstraße von Nr. 33 ab ungerade, von 74 ab gerade, Jaenickestraße, Kaiser-Wilhelm-Platz 2—20 (Reichspräsidentenplatz), Kaiser-Wilhelm-Straße 2—206, Kastanienallee, Kirchallee, Kleinburger Straße, Körnerstraße, Kräutertweg, Kreuzherrnweg, Landsbergstraße, Lindenallee,

Lohestraße ungerade von 95 ab, Menzelstraße ungerade von 81—129, gerade von 70—106, Rüsternallee, Sadowastraße ungerade von 1—39, gerade von 30—44, Salvatorplatz, Schweidnitzer Stadtgraben 12—21b, Schweidnitzer Straße 26 und 27, Neue Schweidnitzer Straße 9—19, Springerstraße 11—29, Steinstraße ungerade 1—19, gerade 2—18, Stifterstraße, Südpark, Neue Taschenstraße 1—26, Tauenzienplatz 10—17, Tauenzienstraße 21—75 und 20—48, Teichstraße, Viktoriastraße 101—121 und 104—122, Wölflstraße, Zwingerplatz 1—4, Zwingerstraße 1—7 ungerade.

Ferner werden der St. Corpus Christi-Pfarrei überwiesen der 3. Zt. noch benützte Kirchhof an der Kantstraße, Ecke Helmuthstraße, sowie die geschlossenen zwei kleinen Friedhöfe an der Gallestraße, Ecke Steinstraße.

2. Die Vereinigung der St. Nikolaus-Parochie mit der St. Corpus Christi-Parochie wird aufgehoben. Die katholischen Bewohner des in Ziffer 1 umschriebenen Sprengels bilden die selbständige St. Corpus Christi-Pfarrgemeinde.

3. Die St. Corpus Christi-Kirche erhält wieder alle Rechte einer Pfarrkirche.

4. Dem Pfarrer steht ein den Vorschriften über das geistliche Pfarrdienst Einkommen entsprechendes Einkommen zu.

5. Die Pfarrei gehört dem Archipresbyterat Breslau und dem Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Breslau und Umgegend an.

6. Die Besetzung der Pfarrei erfolgt durch den Fürstbischof von Breslau.

7. Diese Urkunde tritt am 1. April 1926 in Kraft. Breslau, den 1. August 1925. — (G. K. 4556/1925.)

L. S.

gez. A. Card. Vertram.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 1. August 1925 von dem Kardinal-Fürstbischöfe von Breslau kirchlicherseits ausgesprochene Wiederherstellung und Umschreibung der katholischen Pfarrgemeinde St. Corpus Christi in Breslau wird auf Grund der von dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mittels Erlasses vom 1. März 1926 — G. H. Nr. 2138/25 — erteilten Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bestätigt und in Vollzug gesetzt. (H. a. G. 9. 4500.)

L. S.

Regierung, Abteilung für Kirchen und Schulwesen.

gez. Galinich i. B.

269. Es ist bei mir der Antrag gestellt worden, gemäß § 100 der Gewerbeordnung für den Stadt- und Landkreis Briesg, ausschließlich des Amtsgerichtsbezirks Löwen, eine Zwangsimmung für das Schmiede-Handwerk mit dem Sitz in Briesg zu errichten. Der Zwangsimmung sollen alle Gewerbetreibende, die das Schmiede-Handwerk in diesem Bezirke selbständig betreiben, als Mitglieder angehören.

Für die Ermittlung, ob die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden diesem Antrage zustimmt, habe ich Herrn Stadtrat Neumann in Briesg zum Kommissar bestellt. (I. 23. XVI. 1556.)

Breslau, 17. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

270. Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat durch Erlass vom 1. 3. 26 Nr. V. 12 871/25 angeordnet, daß die Richtlinien des Erlasses vom 31. 3. 22 I A III i 9825 für die Schätzung bei der Bekämpfung der Rindertuberkulose bis auf weiteres beibehalten werden. (I. 17. IX. 854.)

Breslau, 19. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

271. Die für den Kraftwagenführer Gustav Alfred Ernst Köhlig, geb. 30. August 1900 in Erdmannsdorf, Kreis Hirschberg, in Hirschberg, Kaiser Friedrichstraße am 25. April 1924 ausgefertigte Bescheinigung über den Führerschein Nr. 10 658 ist verloren gegangen und wird als ungültig erklärt. Jeder Mißbrauch der Bescheinigung wird strafrechtlich verfolgt. (I. 128. XIV. 1181/26.)

Breslau, 20. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

272. Die für den Autoschlosser Max Karl Viehschwager, geb. am 17. Dezember 1898 in Breslau, wohnhaft in Breslau, Delsner-Straße 14, am 16. November 1925 ausgefertigte Bescheinigung über den Führerschein L. 33 ist verloren gegangen und wird als ungültig erklärt. Jeder Mißbrauch der Bescheinigung wird strafrechtlich verfolgt. (I. 23. XIV. Nr. 1183/26.)

Breslau, 20. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

273. Die für den Franz Josef Banisch, geboren in Breslau am 17. Juli 1903, wohnhaft in Breslau, Heiligegeiststraße 20, am 6. Oktober 1924 ausgefertigte Bescheinigung über Führerschein 12 036 ist verloren gegangen und wird als ungültig erklärt. Jeder Mißbrauch der Bescheinigung wird strafrechtlich verfolgt. (I. 12 — XIV. Nr. 1237/26.)

Breslau, 22. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

274. Der Wandergewerbeschein des Handelsmanns Wilhelm Hauke aus Beckern, Kreis Ohlau, zum Handel mit Nutz- und Schlachtvieh, am 23. Januar 1926 unter Nr. 5289 für 1926 zum Steuerbetrage 120.— R.-M. erteilt, ist verloren gegangen.

Der gedachte Schein wird hiermit für ungültig erklärt. (B. A. IV. 5289. A. 225.)

Breslau, 22. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

275. IX. Nachtrag
zu der Genehmigungsurkunde für die elektrische Kleinbahn im Kreise Waldenburg vom 27. November 1925 (Amtsblatt Seite 541).

§ 1.

Die Genehmigung wird im Einvernehmen mit der Reichsbahndirektion (Kleinbahnaufsicht) in Breslau auf eine Erweiterung der elektrischen Kleinbahn vom Marktplatz Waldenburg nach Waldenburg-Meiß bis zur Einmündung der Hermannstraße in die Bindungschaufler in Ober-Altwasser.

§ 2.

Für den Bau und den Betrieb der neuen Linie sind die geprüften Pläne und die vorgelegten Erläuterungen sowie die Festsetzungen des Plaufeststellungsbeschlusses vom heutigen Tage (I. 12/13. XIII. 725) maßgebend, sofern nicht einzelne Abänderungen und Ergänzungen noch angeordnet werden sollten.

§ 3.

Sämtliche Vorschriften der Genehmigungsurkunde vom 27. November 1897 und der dazu erlassenen Nachträge finden sinngemäß auch auf die neue Strecke Anwendung.

§ 4.

Für die Sicherung der Reichstelegraphen- und Telephonanlagen gelten die durch Runderlaß der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern vom 9. Mai 1910 — IV. A. 18. 555 M. d. ö. N. — mitgeteilten allgemeinen polizeilichen Anforderungen.

§ 5.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Ausgabe des ohne Veröffentlichung enthaltenen Stückes des Regierungsamtsblattes in Kraft.

Breslau, 23. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

276. Der Herr Regierungspräsident in Breslau hat für die Ermittlung der Täter, die am 14. Februar 1926 das Stallgebäude des Gutsbesizers Josef Haunschild in Groß-Rossen, Kreis Münsterberg, in Brand steckten, eine Belohnung von 500 RM, buchstäblich: „Fünfhundert Reichsmark“, ausgesetzt. Falls mehrere Personen bei der Ermittlung des Täters mitgewirkt haben sollten, so hat sich der Herr Regierungspräsident die Verteilung der Belohnung unter Ausschluß des Rechtsweges vorbehalten. Sämtliche Mitteilungen werden zu 4. J. 237/26 erlassen.

Breslau, 23. 3. 1926. Der Oberstaatsanwalt.

Breslau, 25. 3. 1926. (I. 3. III. 3178.)

Der Regierungspräsident.

277. Zur Erhaltung einer geordnetenassenverwaltung ist es erforderlich, daß die den Staatsklassen zugehörigen Zahlungen möglichst in dem Rechnungsjahre geleistet und verrechnet werden, für das sie zu leisten sind.

Es werden daher alle diejenigen, welche etwa noch das Ende März 1926 ablaufende Rechnungsjahr betreffende Beträge an Gehalt, Ruhegehalt, Wartegeld, Hinterbliebenen- oder sonstigen Bezügen zu empfangen haben, aufgefordert, diese umgehend bei den zuständigen Klassen zu erheben.

Alle anderen, dem Rechnungsjahre 1925 anfallenden Forderungen an die der Regierung unterliegenden Klassen für Leistungen und dergleichen sind — soweit thunlich und sofern nicht in einzelnen Geschäftsbereichen durch besondere Bestimmungen frühere Termine

festgesetzt sind — bis spätestens zum 15. April 1926 hier anzufordern.

Inbesondere werden die Herren Landräte, Amts- und Gemeindevorsteher, Bau- und Forstbeamten, Kreismedizinalräte, Kreisärzte erinnert, die von ihnen aufzustellenden oder zu beschleunigenden und weiterzubefördernden Forderungsnachweise nach Möglichkeit zu beschleunigen. (Pr. 958.)

Breslau, 25. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

278. Der Herr Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat auf Antrag im Einvernehmen mit dem Herrn Preussischen Finanzminister genehmigt, daß das Spielkapital der durch Bescheid vom 21. Dezember v. Js. — III. L. 1287/III. C. 7635 — genehmigten Wertlotterie zugunsten der Errichtung eines Jugendheimes mit Jugendherberge in Ensdorfen auf 60 000 RM festgesetzt und der Ziehungstermin auf den 17. März 1926 verlegt wird. (I. 28. XIX. 927.)

Breslau, 26. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

279. Anordnung.

Auf Grund von § 5 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 (R. G. Bl. S. 1329) wird auch für die weitere Zeit bis zum 31. März 1927 die Nachtruhezeit für alle gewerblichen Bäckereien und Konditoreien des Bezirks in Abänderung von § 3 der genannten Verordnung **widerruflich** auf die Stunden von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verlegt.

Diese Anordnung wird unter folgenden Bedingungen erlassen:

1. Vor 7 Uhr morgens dürfen Backwaren jeder Art nicht ausgetragen oder abgegeben werden. Dieses Verbot gilt auch für die Versorgung von Zweiggeschäften, Hotels, Anstalten, Wiederverkäufern und dergleichen mit Backwaren. Das Austragen ist zeitlich vom Verlassen des Bäckereigrundstücks an zu rechnen.
2. Die Arbeitgeber haben durch Offenhalten der Zugänge spätestens vom Beginn der Betriebszeit an dafür zu sorgen, daß die zuständigen Beamten die Arbeitsräume während des Betriebes jederzeit besichtigen können.
3. Eine Abschrift dieser Anordnung ist in allen Betrieben an einer den Arbeitern leicht zugänglichen Stelle auszuhängen.

Die Anordnung tritt am 1. April 1926 in Kraft. (I. 25. XVI. Nr. 1377. II.)

Breslau, 26. 3. 1926. Der Regierungspräsident.

280. Der Fabrikbesitzer Hermann Hanke in Neurode, Eigentümer des daselbst gelegenen Grundstücks Grundbuch Neurode Blatt 503, hat für seine mechanische Weberei und Färberei den Antrag auf Sicherstellung, hilfsweise Verleihung, folgender Rechte gestellt:

1. Das Recht, Grundwasser in einem gemauerten Brunnen von 1,45 m Tiefe unter Gelände und 0,65 × 0,65 m Lichtweite innerhalb der Parzelle 239/57 Kartenblatt 5 Gemarkung Waldbitz zu sammeln, im

28. 3. 1926
 Dr. H. 27. 11. 1926
 An.

bisherigen Umfange bis 35 cfm täglich mittels Rohrleitung zu entnehmen, auf Parzelle 246/1 Kartenblatt 4 Gemarkung Walditz im Färberei- und Wallebetriebe, sowie als Trink- und Wirtschaftswasser zu gebrauchen und zu verbrauchen,

2. das in dem Teich nördlich der Fabrik aus dem von Parzelle 229/56 Kartenblatt 5 Gemarkung Walditz aufstiegender Graben gesammelte Wasser im bisherigen Umfang mittels zweizölliger Rohrleitung bis zu 40 cfm täglich abzuleiten, zur Kondensation und Kesselspeisung zu gebrauchen und teilweise zu verbrauchen,
3. das Recht, Grundwasser aus dem gemauerten Brunnen I in 6 m Tiefe unter Gelände innerhalb der Parzelle 246/1 Kartenblatt 5 Gemarkung Walditz in einer Menge von rund 50 cfm täglich mittels Rohrleitung zu entnehmen, im Fabrikbetriebe auf Parzelle 246/1 Kartenblatt 4 Gemarkung Walditz zu gebrauchen und zu verbrauchen,
4. das Recht, die über das Gemeinübliche nicht verunreinigten Abwässer der Färberei und des übrigen Fabrikbetriebes auf Parzelle 246/1 Kartenblatt 4 Gemarkung Walditz in den Betriebsuntergraben und durch diesen innerhalb der Parzelle 15 Kartenblatt 7 Gemarkung Walditz im bisherigen Umfange d. i. bis zu 10 cfm täglich in die Walditz einzuleiten.

Gemäß § 65 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird dieser Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Widersprüche gegen die Sicherstellung bezw. Verleihung der vorstehend unter Nr. 1 bis 4 beantragten Rechte und Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigung infolge der Verleihung bezw. Sicherstellung bei der Polizeiverwaltung in Neuode schriftlich in zweifacher Ausfertigung oder mündlich zu Protokoll anzubringen sind und ferner, daß andere Anträge auf Verleihung des Rechts zu einer Benutzung des Wassers, durch welche die von dem Antragsteller beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, gleichfalls bei der Polizeiverwaltung in Neuode mit den unter Nr. 2—5 der III. Ausführungsanweisung zum Wassergesetz vorgeschriebenen Unterlagen einzureichen sind.

Die Frist zur Erhebung von Widersprüchen, zur Anmeldung von Ansprüchen und zur Einreichung der letztgenannten Anträge läuft bis einschließlich 1. Mai 1926.

Diesjenigen, die innerhalb dieser Frist keinen Widerspruch gegen die Sicherstellung bezw. Verleihung der beantragten Rechte erheben, werden hierdurch mit der Verwarnung darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihr Widerspruchsrecht verlieren, daß ferner nach Ablauf der Frist gestellte Anträge auf Sicherstellung oder Verleihung von Rechten in demselben Verfahren nicht berücksichtigt werden und daß vom Beginn der Ausübung der sichergestellten bezw. verliehenen Rechte wegen nachteiliger Wirkungen nur noch die im § 82 und 203 Abs. 2

des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden können.

Die Akten und Zeichnungen liegen während der Einspruchsfrist bei der Polizeiverwaltung in Neuode während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Die rechtzeitig geltend gemachten Widersprüche usw. werden in einem noch später anzuberaumenden Termine an Ort und Stelle mündlich erörtert werden. Die Erörterung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden. (Be. 1502/26.)

Breslau, 24. 3. 1926.

Der Bezirksausschuß (Verleihungsbehörde).

281. Die Stadtgemeinde Militsch hat für ihre Trinkwasserversorgung und Kanalisation den Antrag auf Sicherstellung und Verleihung folgender Rechte gestellt:

I. Sicherstellung.

- a) das Recht, mittels zweier in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erbauten Sangbrunnen innerhalb der Parzelle 185/59 Kartenblatt 1 Gemarkung Militsch das unterirdische Wasser bis zu 100 cfm täglich unmittelbar dauernd zu entnehmen, mittels Sangrohrleitung dem Wasserwerk und von dort aus mittels Hauptdruckleitung und Zweigleitung durch die Grundstücke Parzelle 166/2 usw., 162/1 usw. Kartenblatt 1 Gemarkung Ziegelscheune, Parzelle 256/2, 247/6, 7, 49, 50, 41, 51, 40, 36, 37, 181, 34, 31, 184, 185, 192, 193 und 233/146 Kartenblatt 3 Gemarkung Militsch in das Straßennetz der Stadt zu leiten, und dort mittels Hydranten und Hausanschlüssen zur Versorgung der Stadt Militsch mit Trink- und Wirtschaftswasser zu gebrauchen und zu verbrauchen,
- b) das Recht, die im Stadtgebiet sich sammelnden Tage- und Wirtschaftsabwässer, soweit diese nicht verunreinigt werden, durch Kanalisationsanlage direkt, soweit sie verunreinigt werden, nach auf Grundpolizeilicher Vorschriften erfolgtem Klärverfahren durch die Kanalisationsanlage an nachfolgenden Stellen dauernd unmittelbar einzuleiten:

In den Mühlgraben:

- Mündung 8) im rechten Ufer unmittelbar oberhalb der Granderbrücke innerhalb der Straßenparzelle 238/184 Kartenblatt 5 Gemarkung Militsch,
- Mündung 11) im rechten Ufer rd. 100 m unterhalb der Schloßbrücke innerhalb der Straßenparzelle 183 Kartenblatt 5 Gemarkung Militsch.

II. Verleihung.

- a) das Recht, mittels 5 im Jahre 1908 und 2 im Jahre 1925 erbauten Sangbrunnen innerhalb der Parzellen 31/1 Kartenblatt 4 und 83/38 Kartenblatt 1 Gemarkung Steffis das unterirdische Wasser bis zu 600 cfm täglich unmittelbar dauernd zu entnehmen, mittels Sangrohrleitung durch die Grundstücke Parzelle 195 Kartenblatt 1 Gemarkung Steffis und 185/59 Kartenblatt 1 Gemarkung Militsch zum Wasserwerk und von dort mittels Hauptdruckleitung und Zweigleitung durch die Grundstücke Parzellen

166/2 usw., 162/1 usw., Kartenblatt 1 Gemarkung Ziegelschenke, Parzelle 256/2, 247/6, 7, 49, 50, 41, 51, 40, 36, 37, 181, 34, 31, 184, 185, 192, 193 und 233/146 Kartenblatt 2 Gemarkung Militisch in das Straßennetz der Stadt zu leiten und dort mittels Hydranten und Hausanschlußleitungen zur Versorgung der Stadt Militisch mit Trink- und Wirtschaftswasser zu gebrauchen und verbrauchen;

b) das Recht, die im Stadtgebiet sich sammelnden Tage- und Wirtschaftsabwässer, soweit diese nicht verunreinigt werden, durch Kanalisationsanlage direkt, soweit sie verunreinigt werden, nach auf Grund polizeilicher Vorschriften erfolgtem Klärverfahren durch die Kanalisationsanlage an nachfolgenden Stellen dauernd unmittelbar einzuleiten:

A. In die Bartsch:

Mündung 1) im linken Ufer an der Unterwasserseite der Bartschbrücke im Zuge der Chaussee Militisch-Frehban innerhalb der Straßenparzelle 245/62 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch;

Mündung 2) im linken Ufer rd. 250 m oberhalb der Bartschbrücke zu 1) innerhalb der Straßenparzelle 67 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch.

B. In den Abschlagsgraben zum Mühlgraben:

Mündung 3) im linken Ufer des Abschlagsgrabens oberhalb der Brücke im Zuge der Straße vom Markt nach dem Baderteich innerhalb der Parzelle 133/32 Kartenblatt 4 Gemarkung Militisch.

C. In den Mühlgraben:

Mündung 4) im linken Ufer oberhalb der Heubrücke innerhalb der Straßenparzelle 349/113 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch;

Mündung 5/6) durch Doppelausmündung unterhalb der Heubrücke innerhalb der Straßenparzelle 349/113 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch;

Mündung 7) im linken Ufer unterhalb der Heubrücke innerhalb der Straßenparzelle 349/113 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch;

Mündung 9) im linken Ufer unmittelbar unterhalb der Grandenbrücke innerhalb der Straßenparzelle 238/184 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch;

Mündung 10) im rechten Ufer unmittelbar oberhalb der Schloßbrücke innerhalb der Straßenparzelle 183 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch.

D. In den Brauergraben:

Mündung 12) innerhalb der Straßenparzelle 194 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch am Schützenhaus nach Durchführung der Leitung von der Richtigofenstraße Parzelle 196 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch durch die ungetr. Hofraumparzelle 353/128 Kartenblatt 5 Gemarkung Militisch.

In den Graben an der ehemaligen Rofmann-Wiese: Mündung 13) im rechten Ufer innerhalb der Wiesenparzelle 75 Kartenblatt 1 Gemarkung Militisch nach Durchführung der Leitung vom Schlachthaus Par-

zelle 226/73 durch die Grundstücke Parzelle 227/73 usw. und 75 Kartenblatt 1 Gemarkung Militisch.

Gemäß § 65 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird dieser Antrag mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Widersprüche gegen die Sicherstellung und Verleihung der vorstehend unter Ia und b, IIa und b beantragten Rechte und Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigung infolge der Verleihung und Sicherstellung bei der Polizeiverwaltung in Militisch schriftlich in zweifacher Ausfertigung oder mündlich zu Protokoll anzubringen sind und ferner, daß andere Anträge auf Verleihung des Rechts zu einer Benutzung der Wasserläufe, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, gleichfalls bei der Polizeiverwaltung in Militisch mit den unter Nr. 2—5 der III. Ausführungsanweisung zum Wassergesetz vorgeschriebenen Unterlagen einzureichen sind.

Die Frist zur Erhebung von Widersprüchen, zur Anmeldung von Ansprüchen und zur Einreichung der letztgenannten Anträge läuft bis einschließlich 1. Mai 1926.

Diejenigen, die innerhalb dieser Frist keinen Widerspruch gegen die Sicherstellung und Verleihung der beantragten Rechte erheben, werden hierdurch mit der Verwarnung darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihr Widerspruchsrecht verlieren, daß ferner nach Ablauf der Frist gestellte Anträge auf Sicherstellung oder Verleihung von Rechten in demselben Verfahren nicht berücksichtigt werden und daß vom Beginn der Ausübung der sichergestellten und verliehenen Rechte wegen nachteiliger Wirkungen nur noch die im § 82 und 203 Abs. 2 des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden können.

Die Akten und Zeichnungen liegen während der Einspruchsfrist bei der Polizeiverwaltung in Militisch während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Die rechtzeitig geltend gemachten Widersprüche usw. werden in einem noch später anzuberaumenden Termine an Ort und Stelle mündlich erörtert werden. Die Erörterung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden. (Bo. 300/26.)

Breslau, 24. 3. 1926.

Der Bezirksausschuß (Verleihungsbehörde).

282. Die Kretschmer-Jungung in Breslau, Hummerie, Eigentümerin des daselbst gelegenen Grundstücks Grundbuch Breslau Band 19 Blatt 788—792 hat für ihre Mälzerei-Anlage den Antrag auf Sicherstellung folgender Rechte gestellt:

Unterirdisches Wasser in 3 Stück Kesselbrunnen auf Parzelle 1985/167, Kartenblatt 19, Gemarkung Breslau-Stadt, und zwar:

Brunnen I, von 1,2 m lichtem Durchmesser und 8,5 m Tiefe,

Brunnen II, von 1,25 m lichtem Durchmesser und 8,5 m Tiefe, und

Brunnen III, von 0,8 m lichte Durchmesser und 5,0 m Tiefe

ab Gelände, aus Tiefen zwischen 4,5—8,5 bei Brunnen I und II, und 3,4—5,0 m bei Brunnen III zu sammeln, durch Leitungen von 100 mm lichter Weite zu entnehmen und in der Mälzerei auf Parzelle 1982/167 desselben Kartenblattes zum Speisen der Dampfkessel, zu Mälzereizwecken und zu den wirtschaftlichen Nebenzwecken im Betriebe, wie: Reinigen der Räume, Spülwasser usw. im bisherigen Umfange, d. i. bis zu etwa 15 cbm/Std., während 8 Stunden/Tag, zu gebrauchen und teilweise zu verbrauchen.

Gemäß § 65 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird dieser Antrag mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Widersprüche gegen die Sicherstellung der vorstehend beantragten Rechte und Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigung infolge der Sicherstellung bei dem Polizeipräsidenten in Breslau V, Sprudelstraße 6/8, schriftlich in zweifacher Ausfertigung oder mündlich zu Protokoll anzubringen sind und ferner, daß andere Anträge auf Verleihung des Rechts zu einer Benutzung des Wassers, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, bei derselben Dienststelle mit den unter Nr. 2—5 der III. Ausführungsanweisung zum Wassergesetz vorgeschriebenen Unterlagen einzureichen sind.

Die Frist zur Erhebung von Widersprüchen, zur Anmeldung von Ansprüchen und zur Einreichung der letztgenannten Anträge läuft bis einschl. 1. Mai 1926.

Diejenigen, die innerhalb dieser Frist keinen Widerspruch gegen die Sicherstellung der beantragten Rechte erheben, werden hierdurch mit der Warnung darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihr Widerspruchsrecht verlieren, daß ferner nach Ablauf der Frist gestellte Anträge auf Sicherstellung oder Verleihung von Rechten in demselben Verfahren nicht berücksichtigt werden und daß vom Beginn der Ausübung der sichergestellten Rechte wegen nachteiliger Wirkungen nur noch die im § 82 und 203 Abs. 2 des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden können.

Die Akten und Zeichnungen liegen während der Einspruchsfrist bei dem Polizeipräsidenten in Breslau V, Sprudelstraße 6/8, während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Die rechtzeitig geltend gemachten Widersprüche usw. werden in einem noch später anzuberamenden Termine an Ort und Stelle mündlich erörtert werden. Die Erörterung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden. (Be. 371/26.)

Breslau, 24. 3. 1926.

Der Bezirksausschuß (Verleihungsbehörde).

283. Fräulein Ehrentraut von Alizing und Frau Agnes von Diergardt geborene von Alizing in Stein, Kreis Dels, Eigentümerinnen des daselbst gelegenen Grundstücks (Grundbuch Nr. 1 Blatt IV Rittergut haben für ihr Rittergut (Brennerei) den Antrag auf Sicherstellung folgender Rechte gestellt:

1. Das Recht, das Überschußwasser des Steiner-Baches zwischen den Parzellen 152 und 259 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein, Station 5 + 10 der Aufnahme mittels des Grabens A im bisherigen Umfange und nach Bedarf abzuleiten.
2. Das Recht, das Wasser des Steiner-Baches zwischen den Parzellen 336/258 und 349/254 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein, Station 8 + 47 der Aufnahme mittels einer Holzrinne von 0,23 m lichter Weite, deren Sohle auf 126,13 liegt, im bisherigen Umfange d. i. bis zu 500 cbm täglich abzuleiten durch einen offenen Graben bzw. einer Rohrleitung von 13 cm Durchmesser zum Parkteich innerhalb Parzelle 342/4 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein zu leiten und dort zum Aufstau zu gebrauchen.
3. Das Recht, das Überschußwasser des Steiner-Baches innerhalb der Parzelle 352b/255 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein, Station 9 + 70,5 der Aufnahme mittels einer Schleuse von 1,19 m lichter Weite, deren Fachbaum auf 126,12 m liegt, und anschließend dem Graben B im bisherigen Umfange und nach Bedarf abzuleiten.
4. Das Recht, Wasser des Steiner-Baches innerhalb Parzelle 336/258 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein mittels einer Mönchschleuse von 0,85 m lichter Weite und anschließender Rohrleitung von 0,20 m lichter Weite im bisherigen Umfange zur völligen Entleerung des Teiches abzuleiten.
5. Das Recht, das Wasser des Steiner-Baches innerhalb Parzelle 334/16 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein Station 10 + 80 der Aufnahme mittels einer Rohrleitung von 10 cm lichter Weite, deren Sohle auf 126,10 m, liegt im bisherigen Umfange d. i. bis zu 40 cbm täglich zu entnehmen zur Brennerei innerhalb Parzelle 330/13 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein zu leiten und dort zu gebrauchen bzw. zu verbrauchen.
6. Das Recht, das von dem Graben A zwischen den Parzellen 152 und 259 abgeleitete Wasser innerhalb Parzelle 339/7 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein Station 16 + 25 der Aufnahme — in den Steiner-Bach wieder einzuleiten.
7. Das Recht, das zwischen den Parzellen 336/258 und 349/254 abgeleitete und zum Aufstau des Parkteiches gebrauchte Wasser innerhalb Parzelle 342/4 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein — Station 12 + 35 der Aufnahme — in den Graben A und durch diesen innerhalb Parzelle 339/7 Station 16 + 25 der Aufnahme in den Steiner-Bach wieder einzuleiten.
8. Das Recht, das innerhalb Parzelle 352b/255 Station 9 + 70 — durch Graben B abgeleitete Wasser innerhalb Parzelle 330/13 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein, Station 11 + 00 der Aufnahme in den Steiner-Bach wieder einzuleiten.
9. Das Recht, das innerhalb Parzelle 336/258 abgeleitete Wasser innerhalb der gleichen Parzelle Station 10 + 99,4 der Aufnahme — in den Steiner-Bach wieder einzuleiten.

10. Das Recht, das Wasser des Steiner-Baches zwischen den Parzellen 334/16 und 336/258 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein — Station 10 + 85 der Aufnahme — im bisherigen Umfange mittels eines Schleusenwehres von 2,98 m lichter Weite dessen Fachbaum auf 125,93 m und Staubreitoberkante auf 126,51 m liegt, im bisherigen Umfange zu stauen.
11. Das Recht, das Wasser des Steiner-Baches zwischen den Parzellen 336/258 und 352b/255 Station 9 + 74 der Aufnahme im Bedarfsfalle und im bisherigen Umfange durch Einsetzen von Brettern in besonders vorgesehene Schlitze der Uferwände d. i. bis zu 126,51 m zu stauen.
12. Das Recht, das zwischen den Parzellen 336/258 und 349/254 Station 8 + 47 der Aufnahme abgeleitete Wasser innerhalb des zur Parzelle 342/4 gehörigen Parkteiches mittels einer Mönchschleuse von 0,15 m lichter Weite im bisherigen Umfange d. i. bis zur Höhe von 126,40 m zu stauen.
13. Das Recht, das Betriebswasser der auf Parzelle 330/13 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein gelegenen Spiritusbrennerei aus dem innerhalb gleicher Parzelle gelegenen Brunnen dem Grundwasser im bisherigen Umfange d. i. bis zu 40 cm täglich zu entnehmen, mittels einer Sangrohrleitung von 10 cm lichter Weite zur Brennerei zu leiten und dort zu gebrauchen bzw. zu verbrauchen.
14. Das Recht, die Abwässer der Brennerei auf Parzelle 330/13 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein durch den Vorflutgraben C zwischen den Parzellen 8 und 9 Kartenblatt 1 Gemarkung Stein — Station 15 + 10 der Aufnahme — im bisherigen Umfange d. i. bis zu 25 cm täglich in den Steiner-Bach einzuleiten.

Gemäß § 65 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird dieser Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Widersprüche gegen die Sicherstellung der vorstehend unter Ziffer 1—14 beantragten Rechte und Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigung infolge der Sicherstellung bei dem Amtsvorsteher über Stein schriftlich in zweifacher Ausfertigung oder mündlich zu Protokoll anzubringen sind und ferner, daß andere Anträge auf Verleihung des Rechts zu einer Benutzung des Wasserlaufs, durch welche die von den Antragstellerinnen beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, bei demselben Amtsvorsteher mit den unter Nr. 2—5 der III. Ausführungsanweisung zum Wassergesetz vorgeschriebenen Unterlagen einzureichen sind.

Die Frist zur Erhebung von Widersprüchen, zur Anmeldung von Ansprüchen und zur Einreichung der letztgenannten Anträge läuft bis einschl. 1. Mai 1926.

Diejenigen, die innerhalb dieser Frist keinen Widerspruch gegen die Sicherstellung der beantragten Rechte erheben, werden hierdurch mit der Verwarnung darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihr Widerspruchsrecht verlieren, daß ferner nach Ablauf der Frist

gestellte Anträge auf Sicherstellung oder Verleihung von Rechten in demselben Verfahren nicht berücksichtigt werden und daß vom Beginn der Ausübung der sichergestellten Rechte wegen nachteiliger Wirkungen nur noch die im § 82 und 203 Abs. 2 des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden können.

Die Akten und Zeichnungen liegen während der Einspruchsfrist bei dem Amtsvorsteher über Stein während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Die rechtzeitig geltend gemachten Widersprüche usw. werden in einem noch später anzuberaumenden Termine an Ort und Stelle mündlich erörtert werden. Die Erörterung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden. (Bo. 446/26.)

Breslau, 24. 3. 1926.

Der Bezirksausschuß (Verleihungsbehörde).

284. Die Stadtgemeinde Lewin, Kreis Glatz, hat die Eintragung des nachstehenden Rechtes in das Wasserbuch beantragt:

Die Fischerei an und in den offenen Gewässern, und zwar: des Himmelbaches (Schnelle), des Kaltwasser-Jauerniger Baches, des Nerbotiner Baches, des Löschneier Baches, des Mittlerer Baches, des Krzischneyer Baches und des Järterer Baches, und deren sämtlichen Abzweigungen, soweit solche Gewässer in der politischen Gemeindegemarkung Lewin sich befinden, steht in vollem Umfange des Preussischen Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 — Ges.-S. 55 — der Stadtgemeinde Lewin zu, die dieses Recht mit allen gesetzlich zulässigen Fanggeräten selbst oder durch Angestellte oder durch Pächter ausüben darf.

Gemäß § 188 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 in Verbindung mit § 11 des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 wird dieser Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Widersprüche gegen diese Eintragung bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß oder bei der Polizeiverwaltung zu Lewin schriftlich in zweifacher Ausfertigung oder mündlich zu Protokoll anzubringen sind.

Die Frist zur Erhebung von Widersprüchen läuft bis einschl. 15. Mai 1926.

Nach dem Ablauf dieser Frist wird die Eintragung des Rechts in das Wasserbuch mit der Wirkung erfolgen, daß sie gegenüber denjenigen, die innerhalb der Frist keinen Widerspruch erheben, bis zum Beweise des Gegenteils als richtig gilt, soweit sie nicht mit dem Grundbuche in Widerspruch steht.

Die Akten und Zeichnungen liegen während der Einspruchsfrist bei der Polizeiverwaltung zu Lewin während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Die rechtzeitig geltend gemachten Widersprüche usw. werden in einem noch später anzuberaumenden Termine an Ort und Stelle mündlich erörtert werden. Die Erörterung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden. (Bo. 657/26.)

Breslau, 25. 3. 1926.

Der Bezirksausschuß (Wasserbuchbehörde).

285. Der Preussische Domänenfiskus, vertreten durch die Regierung in Breslau, Abteilung für Domänen und Forsten, hat den Antrag auf Eintragung folgenden Rechtes in das Wasserbuch der Oder gestellt:

Das ausschließliche Fischereirecht auf den durch die Neubauten bei Breslau gewonnenen Wasserflächen und zwar:

- a) im Ober- und Unterkanal der Ottwitzer Schleuse;
- b) in der Abmündungsfläche des Flutkanals oberhalb des Barthelmer Wehres und
- c) in den Oberkanälen der Barthelmer und Janowitzer Schleuse einschließlich des oberen Wertgrabens des Straßmorks.

Gemäß § 188 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird dieser Antrag mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Widersprüche gegen die Eintragung des vorstehend beantragten Rechtes bei dem Amtsvorsteher über Bartheln, Landkreis Breslau, oder bei der unterzeichneten Wasserbuchbehörde schriftlich in zweifacher Ausfertigung oder mündlich zu Protokoll anzubringen sind.

Die Frist zur Erhebung von Widersprüchen läuft bis einschl. 15. Mai 1926.

Diejenigen, die innerhalb dieser Frist keinen Widerspruch gegen die Eintragung des beantragten Rechtes erheben, werden hierdurch mit der Verwarnung darauf aufmerksam gemacht, daß nach Ablauf der Frist die Eintragung des Rechtes mit der Wirkung erfolgen wird, daß sie ihnen gegenüber bis zum Beweise des Gegenteils als richtig gilt, soweit sie nicht mit dem Grundbuche im Widerspruch steht.

Die Akten und Zeichnungen liegen während der Einspruchsfrist bei dem Amtsvorsteher über Bartheln, Landkreis Breslau, während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Die rechtzeitig geltend gemachten Widersprüche usw. werden in einem noch später anzuberaumenden Termine an Ort und Stelle mündlich erörtert werden. Die Erörterung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden. (Be. 540/26.)

Breslau, 26. 3. 1926.

Der Bezirksausschuß (Wasserbuchbehörde).

Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

286. Bekanntmachung.

Der Bezirksausschuß hat auf Grund der §§ 40 und 42 Absatz 2 in Verbindung mit § 39 Abs. 1 Ziffer 5 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 beschlossen, für den Umfang des Regierungsbezirks Breslau im Jahre 1926:

1. den Schluß der Schonzeit für Rebhühner auf Freitag, den 28. Mai 1926 festzusetzen, sodas die Eröffnung der Jagd am Sonnabend, den 29. Mai 1926 stattfindet,
2. den Schluß der Sammelzeit für Möweneier

auf Sonntag, den 25. April 1926 festzusetzen. (Be. 754/26.)

Breslau, 18. 3. 1926.

Der Bezirksausschuß.

287. Der Kreisausschuß des Kreises Trebnitz hat in seinen Sitzungen am 6. Juli 1925 und 7. Dezember 1925 unter Zustimmung der Beteiligten gemäß § 2 Abs. 4 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 beschlossen: die Parzellen

Kartbl.	1 Parz.	Nr.	114/47 i.	Flächeninh.	v.	0,50,20 ha
"	2	"	411/119	"	"	0,15,83
"	2	"	413/119	"	"	0,35,15
"	1	"	115/47	"	"	1,74,68
"	3	"	209/79	"	"	1,52,52
"	2	"	398/63	"	"	0,06,91
"	2	"	412/119	"	"	0,12,14
"	2	"	399/63	"	"	0,02,79
"	2	"	407/75	"	"	0,10,53
"	2	"	410/119	"	"	0,39,06
"	2	"	421/302	"	"	0,00,38
"	3	"	212/105	"	"	0,53,34
"	3	"	216/149	"	"	0,56,38
"	3	"	217/149	"	"	1,29,74
"	3	"	218/149	"	"	0,24,56
"	4	"	87/12	"	"	0,26,85
"	4	"	88/12	"	"	0,27,19 ha
"	4	"	89/12	"	"	0,69,18
"	4	"	90/13	"	"	0,36,00
"	2	"	335/310	"	"	0,09,20
"	3	"	198/166	"	"	0,04,90
"	3	"	199/166	"	"	0,11,09
"	1	"	388/91	"	"	0,11,09

Summa 9,48,92 ha

werden aus dem Gutsbezirk Konradswaldau ausgemeindet und in den Gemeindebezirk Konradswaldau eingemeindet.

Trebnitz (Schles.), 11. 3. 1926. (K. A. I. 7041.)

Der Kreisausschuß des Kreises Trebnitz (Schles.).

288. Die Parzellen 1, 2 und 27 des Kartenblatts 19 der Gemarkung Priebisch Gut sowie die Parzelle 19 des Kartenblatt 2 der Gemarkung Laube Gut, werden in die Gemeinde Seiffersdorf eingemeindet. — Die Parzellen Nr. 111 und 112, Kartenblatt 8, der Gemarkung Raffel, Kreis Ratibsch, werden in die Gemeinde Königsdorf eingemeindet. (I. 1527.)

Guhrau, 28. 2. 1925.

Der Kreisausschuß.

289. Die Abgabe des infolge Abtretung des Deutschen Gebiets an Polen aus Anlaß des Friedensvertrages an das Kreisgericht in Ratibsch (Polen) anzuliefernden Grundbuchmaterials ist bemittelt. Es sind abgegeben die Grundakten von Ratibsch Bl. 1 (teilweise), 5 (teilweise), 12, 13, 14, 17, 23, 24, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 40, 44, 45, 46, 52, 53, 54, 56, 59, 61, 63, 70, 72, 75, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87 und Fürstenthum Trachenberg (teilweise). (I. IV. A. 227.)

Amtsgericht Trachenberg, 22. 3. 1926.

Einrückungsgebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 25 R \mathfrak{f} . Preis der Belagsblätter und einzelnen Stücke 10 R \mathfrak{f} für jeden angefangenen Bogen, mindestens aber 20 R \mathfrak{f} für jedes Stück.

Schriftleitung: Amtsblattstelle der Regierung. — Friedrichsdruck (Graf, Barth & Comp.) Breslau
Amtsblatt-Redaktion im Regierungsgebäude am Lessingplatz.